Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1160; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Grundzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 289. Halle a. S., Donnerstag, den 24. Juni. 1909.

Die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen von Beamten.

(16. Sitzung, 23. Juni.)

Am Ministertisch: Beseler, v. Breitenbach.

Präsident Frhr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Die Justizkommission hat an der Fassung des Abgeordnetenhauses die Abänderung vorgenommen, daß auch für die Lehrer und Lehrerinnen der Staat haften soll, nicht, wie das Abgeordnetenhaus nach der Regierungsvorlage beschlossen hatte, der Schulverband.

Justizminister **Beseler**

gibt eine allgemeine Uebersicht über die Entwickelungsgeschichte dieser gesetzgeberischen Materie, die in ihren ersten Anfängen weit zurückreiche. Auch bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die Frage eingehend erörtert worden. Doch habe man davon Abstand genommen, diese Frage reichsgesetzlich zu regeln, es vielmehr der Landesgesetzgebung überlassen, gegen ein schuldhaftes Vorgehen bei Ausübung der Staatshoheit die erforderliche Sicherheit zu gewähren. Bei der Haftung für die Lehrer muß die Regierung an der Haftung der Schulverbände festhalten. Die Regierung ist ihrerseits bereit, leistungsschwachen Schulverbänden für diese Zwecke Ergänzungszuschüsse zu gewähren. Die Fassung Ihrer Kommission kann die Regierung nicht akzeptieren. Das Zustandekommen des Gesetzes ist eine politische Notwendigkeit, und man sollte deshalb dieses Zustandekommen nicht gefährden durch die Annahme von Beschlüssen, die die Regierung unmöglich annehmen kann.

Dr. v. Plehwe

begründet einen von ihm gemeinsam mit Dr. Loening gestellten Antrag, die Regierungsvorlage in § 5 wiederherzustellen, also die Haftpflicht für Amtspflichtverletzungen von Lehrpersonen den Schulverbänden aufzuerlegen, mit der Maßgabe, daß der Staat unvermögenden Schulverbänden und solchen, die bei der Berufung einer Lehrperson ein Wahl-, Berufungs-, Vorschlags- usw. Recht nicht gehabt oder nicht ausgeübt haben, die Mittel zur Leistung des Schadenersatzes für Amtspflichtverletzungen dieser Lehrpersonen gewähren soll.

Oberbürgermeister Rive-(Halle):

Die Regierung hat das Bedürfnis nach diesem Gesetz damit zu erweisen gesucht, daß sie sagte, das Gesetz entspreche einem Wunsches des Volkes. Ihre Kommission hat diese Anschauung nicht teilen wollen, sie hält vielmehr dafür, daß es sich hier nur um einen Wunsch von Juristen handelt. Wollte man die Frage regeln, so müßte das konsequent geschehen. **Das Abgeordnetenhaus aber hat nur Inkonsequenzen in die Vorlage hineingebracht.** Insbesondere ist die Stellung der Lehrer in dem Gesetz eine solche Inkonsequenz.

Was ist der Lehrer eigentlich?

Gemeindebeamter ist er nicht, unmittelbarer Staatsbeamter auch nicht. Behandelt aber wird er vom Staat als „unmittelbarer Staatsbeamter." Er ist sozusagen eine Amphibie oder ein Vertreter des dritten Geschlechts! (Heiterkeit.) Wie inkonsequent ist es, den Lehrer als unmittelbaren Staatsbeamten zu behandeln und dann die Haftung für seine Amtspflichtverletzungen nicht auf den Staat zu übernehmen." Der finanzielle Gesichtspunkt kommt hier gar nicht in Frage, es handelt sich um ganz verschwindende Beträge. Aber

die Kommunen müssen sich dagegen wehren,

daß ihnen täglich mehr und mehr Rechte gegenüber den Lehrern vom Staate genommen werden und nur immer neue Pflichten auferlegt werden. Wenn das Gesetz wirklich über dem § 5 scheitern sollte, so wird niemand daraus dem Herrenhaus einen Vorwurf machen.

Geh. Justizrat Dr. Loening-(Halle):

tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Gegen den § 5 sprechen gewiß nicht unerhebliche Bedenken; nachdem aber die Regierung die Uebernahme der Haftung für die Lehrer auf den Staat als „unannehmbar" erklärt hat, wäre es verfehlt, wollte man deshalb das ganze Gesetz scheitern lassen. Denn dieses Gesetz bedeutet einen erheblichen Fortschritt, der doppelt zu begrüßen ist, **weil er in den meisten anderen Bundesstaaten schon vorhanden ist.** Das Gesetz entspricht einer elementaren Forderung der Gerechtigkeit! **Nicht die Bureaukratie, sondern die Bevölkerung würde den Nachteil davon haben, wenn das Gesetz aus einem bei Licht besehen rein theoretischen Widerspruch heraus scheiterte.** Ich empfehle dem Hause die Annahme unseres Antrages.

Oberbürgermeister Wilms-Posen:

Der Lehrer ist heute tatsächlich unmittelbarer Staatsbeamter, er ist von den Instruktionen des Staates abhängig und übt manche Funktionen geradezu im direkten Auftrage des Staates aus. Ich glaube nicht, trotz des „Unannehmbar" der Regierung, daß das Gesetz scheitern wird, wenn wir die Haftung des Staates wiederherstellen. Man muß auch erwägen: Eine Bestimmung, wonach der Staat Schulverbänden, die bei der Berufung des schuldigen Lehrers kein Berufungs-, Vorschlags- usw. Recht ausgeübt haben, die Mittel zur Schadenersatzleistung gewähren soll, wird leicht zu einem Verzicht der Schulverbände auf die Ausübung dieses Rechts führen. Nicht sowohl die großen Gemeinden, die ohnehin eine Haftpflichtversicherung für ihre Beamten besitzen, als die kleinen Gemeinden, bei denen das nicht der Fall ist, werden auf dieses Recht verzichten. Das wäre eine bedauerliche Entwickelung.

Oberbürgermeister Oehler-Crefeld

spricht sich ebenfalls entschieden gegen § 5 der Regierungsvorlage bezw. die Fassung des Abgeordnetenhauses aus.

Justizminister Beseler:

Herrn Oberbürgermeister Rive (Halle) möchte ich zunächst erwidern, daß tatsächlich ein Bedürfnis nach diesem Gesetz besteht, und daß es eine Forderung des Volkes ist. Diese Forderung ist oft genug laut geworden, nicht zuletzt auch in den Parlamenten. Uebrigens haben wir täglich **neue Beweise für das Bedürfnis** nach einem Gesetze wie dieses in den hunderten von **täglichen Eingaben wegen Schadenersatzleistung für Amtspflichtverletzungen** von Beamten. Der Vorwurf, die Regierung sei inkonsequent in dieser Vorlage, trifft nicht zu: Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, und uns immer konsequent dazu bekannt, daß der Lehrer mittelbarer Staatsbeamter ist. In strikter Konsequenz dieses Standpunktes fordern wir die Uebernahme der Haftpflicht für die Lehrer auf die Kommunen. Uns erscheint diese Regelung konsequent, zweckmäßig und im Interesse der Schule wie der Gemeinden liegend.

Herzog zu Trachenberg

pflichtet den Ausführungen des Oberbürgermeisters Oehler bei und fordert Annahme der Kommissionsfassung.

Graf Fink von Finkenstein-Schönberg

spricht sich im gleichen Sinne aus. Das Haus sollte es ruhig darauf ankommen lassen, ob die Regierung wegen der Ablehnung der Haftung der Schulverbände für die Lehrer das Gesetz, das sie selbst als so notwendig hinstellt, scheitern lassen will. Geschieht das, so fällt die Verantwortung nicht auf das Haus, sondern auf die Regierung. Der Redner beantragt, den § 5 zu streichen.

Justizminister Beseler:

Wenn öffentliche Körperschaften für die anderen Beamten haften, so kann man die Lehrer nicht ausnehmen. Sie sind nun einmal mittelbare Staatsbeamte, also müssen sie auch unter das Gesetz fallen.

Oberbürgermeister Bender-Breslau

hält die Haftung des Staates für die Lehrer für das einzig Gegebene. Sie bedeute nur eine minimale Belastung des Staates und mache das viele Schreibwerk überflüssig, das sich ergeben werde, wenn die Haftung den Kommunen übertragen wird.

Justizminister Beseler:

Um die Kostenfrage handelt es sich gar nicht, um ihretwillen würden wir das Gesetz nicht scheitern lassen. Es handelt sich aber darum, daß die Uebernahme der Haftung durch den Staat das Prinzip der Stellung des Staates gegenüber der Schule berührt. Würden wir die Kommissionsbeschlüsse annehmen, so würden wir damit die Lehrer tatsächlich zu unmittelbaren Staatsbeamten erklären, also unsere prinzipielle Stellung zu den Lehrern und der Schule ändern. Zu einer solchen sehr zu überlegenden Aenderung unserer Stellung aber ist diese Vorlage nicht die rechte Gelegenheit. Ich habe namens der Regierung zu erklären, daß das Gesetz für uns **unannehmbar** ist und bleibt, sofern die Haftung der Schulverbände für die Lehrer gestrichen wird.

Graf Botho zu Eulenburg:

Für die Frage, wer für die Lehrer haften soll, kommt vor allem in Betracht, für wessen Dienst sie tätig sind. Die Lehrer sind für den Dienst des Schulverbandes tätig, also hat dieser für sie zu haften. Der Redner spricht sich weiterhin für die Annahme des Antrags Plehwe-Loening aus.

Oberbürgermeister Wilms-Posen

tritt nochmals unter ähnlichen Ausführungen wie Herr Bender für den Kommissionsbeschluß ein.

Justizminister Beseler

bestreitet, daß die Anhäufung bureaukratischen Schreibwerks die Folge der Annahme der Regierungsvorlage sein werde.

Staatsminister Dr. v. Studt

betont, die Schulen seien nach dem Landrecht eine Veranstaltung des Staates, die Lehrer hätten die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten. Damit sei aber noch nicht gesagt, daß sie deshalb auch Staatsbeamte sind, und die Unterrichtsverwaltung hat sie in mehr als hundertjähriger Praxis auch nicht als Staatsbeamte behandelt. **Der Redner empfiehlt die Annahme des Antrags Plehwe-Loening.**

Herzog zu Trachenberg

hebt nochmals hervor, daß es nicht der Gerechtigkeit entspreche, den Schulverbänden, die heute kaum ein anderes Recht hätten als das Recht zu zahlen, auch noch die Haftpflichtlast für die Lehrer aufzubürden.

Ein Schlußantrag

wird angenommen. Bei der Abstimmung wird der **Antrag Loening-Plehwe mit großer Mehrheit abgelehnt,** es bleibt also bei dem Kommissionsbeschluß, der die Haftpflicht für die Lehrer dem Staate auferlegt.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden debattelos **angenommen,** ebenso das **Gesetz im ganzen.** Die dazu vorliegenden **Petitionen** werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Gesetzentwurf betr. die **Schulversäumnisse** im Gebiet des vormaligen Herzogtums **Nassau** und der vormaligen Landgrafschaft **Hessen-Homburg** wird in einmaliger Schlußberatung mit der Maßgabe angenommen, daß das Gesetz auch für die 1866 an Preußen gekommenen ehemaligen Gebietsteile des Großherzogtums Hessen gelten soll.

Es folgt der **Bericht der Eisenbahnkommission** über das Eisenbahnanleihegesetz, die

Sekundärbahnvorlage.

Berichterstatter v. Graß

empfiehlt namens der Kommission die Annahme der Vorlage in der ihr vom Abgeordnetenhause gegebenen Fassung.

Graf Grote

beklagt die Nichterfüllung verschiedener Wünsche der Provinz Hannover. Besonders zu bedauern sei, daß nicht die Strecke Uelzen—Dannenberg vorgesehen sei.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Dieses Projekt steht ausschließlich unter dem Zeichen rein lokaler Natur. Infolge der an mich gelangten, dringenden Anträge habe ich erneute Untersuchung angeordnet.

v. Puttkamer:

Mit Bedauern muß ich feststellen, daß die Vorlage nicht eine einzige Strecke für Pommern bringt.

v. Burgsdorff

bittet um Ausbau des Bahnhofs Finsterwalde.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Ein Projekt für den Ausbau des Bahnhofs Finsterwalde ist in Bearbeitung.

Graf Mirbach:

Das Rauchverbot erregt noch immer erhebliche Mißstimmung: einmal das Rauchverbot in den Speisewagen und dann die Verteilung der Abteile für Raucher und Nichtraucher. Die Nichtraucher werden bevorzugt. Es wird noch dahin kommen, daß alle die, die dem Laster des Rauchens frönen, einfach von der Eisenbahnfahrt ausgeschlossen werden. Automobil zu fahren, ist heute Mode geworden. Diese Mode schädigt die Eisenbahnverwaltung in ihren Einnahmen. **Unsere Reformen auf dem Gebiet des Personentarifs sind weder geschickt noch gerecht.** Die Staatseisenbahnverwaltung ist eine große Transportgesellschaft, die Leistung und Gegenleistung abwägen sollte. Sozialpolitik gehört nicht in das Verkehrswesen. Es war falsch, die vierte Klasse von der Besteuerung frei zu lassen. Das Rechtsbewußtsein wird dadurch erschüttert. Damit wird auch **eine Art Demagogie** getrieben.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Die Ansicht des Vorredners, daß die Eisenbahnverwaltung lediglich eine Transportgesellschaft sei, kann ich nicht für richtig halten. Die Eisenbahnverwaltung arbeitet nicht wie eine Gesellschaft in die eigene Tasche, sondern tut alles im allgemeinen Interesse. Daß die Fahrkartensteuer in ihrer jetzigen Form tadelnswert ist, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Falls sie nicht fällt, wie es den Anschein hat, soll sie in eine Form gebracht werden, die eine Abwanderung in die unteren Klassen verhindert.

Stadtdirektor Tramm:

Die Provinz Hannover ist in bezug auf Eisenbahnbauten sehr vernachlässigt worden. Ich möchte fragen, ob Bahnbauten Hannover—Hamburg oder wenigstens Hannover—Celle unter Umgehung von Lehrte in Aussicht genommen sind.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Solche Pläne bestehen nicht.

Frhr. von der Goltz-Kreitzig:

Den Kleinbahngesellschaften wird jetzt mehr Entgegenkommen gezeigt als früher. Pommern hat gerade ein sehr starkes Kleinbahnnetz. Die Eisenbahnverwaltung zahlt den Arbeitern Löhne, die die Landwirtschaft nicht zahlen kann. Von der viel gewünschten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090624019/fragment/page=0001

Sparsamkeit merkt man nicht viel. Das sieht man auch an den Bahnhofsbauten. Auch bei der Beleuchtung wird nicht gespart. Wenn die Linienführung mitunter zweckmäßiger wäre, könnte auch viel gespart werden.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Daß wir der Landwirtschaft durch unsere Neubauten Arbeiter entziehen, glaube ich gern. Aber wir haben da auch sehr einschränkende Bestimmungen. Insbesondere können auch zur Zeit der Bestellung oder der Ernte unsere Leute beurlaubt werden, und davon wird in reichlichem Maße Gebrauch gemacht. Daß wir die Arbeitskraft unserer Arbeiter nicht genügend verwerten, ist nicht richtig. Im Gegenteil, es hat bisher immer geheißen, wir nutzen sie zu stark aus. Daß wir nicht genügend sparsam wirtschaften, kann ich auch nicht zugeben.

Die **Sekundärbahnvorlage wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen, die Denkschrift durch Kenntnisnahme** für erledigt erklärt.

Die Nachrichten von dem Betriebe der unter der preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1907 werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Köhlbrandvorlage, hannöversches Höfrecht und kleine Vorlagen, Petitionen.)

Schluß 6½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

268. Sitzung am 23. Juni 2 Uhr.

Die zweite Beratung der

Finanzreform und Steuergesetze

wird fortgesetzt beim Artikel III der Kommissionsbeschlüsse: Umsatz- und Wertzuwachssteuer vom Grundbesitz. Die ersten Paragraphen betreffen den Umsatzstempel und setzen ihn auf ½ Proz. fest. Da sich aber unter den neuen Ersatzsteuer-Vorschlägen der Regierungen eine Umsatzsteuer-Vorlage befindet und diese heute von der Finanzkommission, unter Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes von ⅓ auf ½ Proz. angenommen worden ist, so liegt jedoch ein **Antrag Graf Westarp** vor, wonach in dem vorliegenden Artikel III der Umsatzstempel ausscheidet.

Im Einklange mit diesem Antrage erstreckt sich also die Beratung nur auf die **Wertzuwachssteuer** auf Immobilien.

Abg. **Graf Westarp**

berichtet als Referent über die Kommissionsverhandlungen, wobei er namentlich auch auf die dem Reichstage zugegangene amtliche Denkschrift eingeht. Obwohl dieser Denkschrift zufolge die Wertzuwachssteuer hauptsächlich für die Gemeinden geeignet sei und einer Beteiligung des Reiches gewisse Bedenken gegenüberständen, sei die Kommission der Meinung gewesen, daß gerade im gegenwärtigen Augenblicke das Reich sich dieser Steuerquelle bemächtigen müsse. Und zwar, weil das sonst, infolge weiteren Umsichgreifens dieser Steuer in den Gemeinden, für das Reich immer schwieriger werde.

Staatssekretär **Sydow:**

Ich habe schon neulich den Standpunkt der Regierungen zu dieser Frage klar gelegt. Ich will trotzdem nochmals näher darauf eingehen. Ich hoffe damit die Verhandlungen hierüber abzukürzen und es nicht mehr nötig zu haben, zu den einzelnen Paragraphen zu sprechen. Die Schwierigkeiten liegen in der Sache, in der Unmöglichkeit, einheitliche Bestimmungen über den Wertzuwachs zu treffen. Prinzipiell meinen die Regierungen allerdings, daß auch das Reich einen Anspruch an dem Wertzuwachs der Grundstücke hat, neben den Gemeinden. Aber es fehlt ganz an Erfahrungen auf dem flachen Lande, für dieses liegt noch gar kein Material vor. Der vorliegende Entwurf der Kommission, der sich an die Steuer in Köln anschließt, läßt noch sehr viele Fragen offen. So namentlich hinsichtlich der Frist für die eingetretene Wertsteigerung, sie kann an der einen Stelle zu kurz bemessen werden, sie kann aber auch zu lang sein. Weiter ist es noch zu schwer, die Idee des „unverdienten" Wertzuwachses praktisch herauszuarbeiten. Wie weit sind Reparaturen zu berücksichtigen? Und ist der Intelligenz dabei nicht Rechnung zu tragen, und inwieweit? Verbesserungen, die durch die Intelligenz des Eigentümers eingetreten, also nicht unverdient sind, sind hier leichter, dort schwerer nachzuweisen. Ungelöst scheint mir auch die Frage, wie der Wertzuwachs zu berechnen ist, wenn zwischen dem ersten und dem zweiten Verkauf ein Erbanfall in der Mitte liegt. Ganz besonders aber habe ich Bedenken gegen die Art, wie der Entwurf die Frage der Beteiligung der Gemeinden einer- und des Reichs andererseits regelt. Die Gemeindezuschläge sind keine ausreichende Lösung. Denn die Gemeinde muß doch, wenn sie besondere Aufwendungen für allerlei Veranstaltungen macht, in der Lage sein, diese Steuer noch besonders heranzuziehen. Andererseits kann den Gemeinden auch nicht volle Freiheit gelassen werden, es müssen gewisse einheitliche Vorschriften getroffen werden, so über die Veranlagung des Wertzuwachses und über den Rechtsweg. Auch bin ich der Meinung, daß die Gemeindefinanzen auch eine gewisse Rücksichtnahme seitens des Reichs erheischen, zumal das Reich ihnen die Weitererhebung der Oktrois unmöglich gemacht hat, was besonders für die süddeutschen Gemeinden schwer in die Wagschale fällt. Ueber die Schätzung des Ertrages kann man ja verschiedener Ansicht sein, aber die Kommission scheint da doch zu weit, zu optimistisch vorgegangen zu sein. Durch ein übereiltes Vorgehen mit dieser Steuer entsteht die Gefahr, daß man die gesunde Entwickelung der Gemeinden mehr hemmt als fördert.

Abg. **Hieber** (ntl.):

Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären: Obwohl wir den Wertzuwachs am Boden in Stadt und Land als geeignete Steuerquelle betrachten, sind wir doch nicht in der Lage, diesem Kommissionsbeschlusse zuzustimmen. Einmal sehen wir, im Einklang mit der Denkschrift der Regierung, in dieser Steuer einen besonders geeigneten Weg zum Ausbau der Gemeindefinanzen. Sodann halten wir die Ausdehnung dieser Steuer auf das Reich für verfrüht, da sichere Grundlagen für einheitliche Veranlagung und Erhebung noch nicht gewonnen sind. Endlich vermögen wir, schon wegen der unzureichenden und schwankenden Höhe des zu erwartenden Ertrages, in dieser Steuer einen Ersatz für eine allgemeine Besitzsteuer nicht zu erkennen. Eine solche finden wir nach wie vor in der Erbanfallsteuer. So lange daher diese nicht gesichert ist, können wir der Reichswertzuwachssteuer nicht zustimmen. (Beifall.)

Abg. **Jaeger** (Ztr.)

empfiehlt die Wertzuwachssteuer zur Annahme. In ganz Deutschland werden mühelosen Wertzuwachsgewinne erst von 200 Gemeinden besteuert. An allen anderen Orten sind sie steuerfrei, **wenn das Reich jetzt nicht eingreift.**

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.):

Ich habe zu erklären, daß wir im Prinzip für eine Reichswertzuwachssteuer eintreten. Wir meinen, daß man die Gemeinden ohne Schaden auf die Zuschläge zur Wertzuwachssteuer zugunsten des Reiches verweisen kann. Indessen läßt sich nun nicht verkennen, daß sichere Grundlagen für ein solches Gesetz in dem Antrage Westarp nicht gegeben seien. Das ist erklärlich, da der Antrag eine erste Lesung im Plenum noch gar nicht durchgemacht hat. Außerdem hat ja die Regierung ein solches Gesetz für später versprochen. Und da hat dieses Gesetz doch wohl keine Eile. Wir lehnen es daher jetzt ab.

Abg. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.)

verliest eine der Nationalliberalen ganz gleichartige ablehnende Erklärung.

Abg. **Raab** (wirtsch. Vg.):

Als ich vor ein paar Jahren die Reichswertzuwachssteuer vorschlug, wurde es mit Heiterkeit aufgenommen. Warum sollen wir den Versuch nicht wagen? Wir können ja in ein paar Jahren die Sache wieder abändern.

Abg. **Graf Westarp** (kons.):

Wir können den Sprung ins Dunkle ruhig wagen. Warten wir noch ein paar Jahre, so entfesseln wir eine ungeheure Spekulation.

Abg. Freiherr **v. Gamp** (Rp.):

Uebereilen dürfen wir uns nicht. Wir hoffen, daß bis zur dritten Lesung eine Einigung zwischen den Parteien zustande kommt und werden heute für die Vorlage eintreten.

Damit schließt die Diskussion. Der grundlegende § 1 wird in der Fassung des Antrages Westarp gegen die Linke angenommen.

§ 2 richtet sich gegen die Umgehungspraxis, die Anstellungen, die weiter übertragen werden, das Einbringen in Gesellschaften usw.

Abg. **Cuno** (frs. Vp.)

zeigt an einem Beispiel die ganze Ungeheuerlichkeit des Entwurfs. Wegen der Freilassung der Erbgänge von der Steuer müßte der Besitzer ein Esel sein, wenn er sein Grundstück verkaufen würde, um sein Vermögen leichter unter seine Kinder teilen zu können, denn wartet er bis zu seinem Tode, so wird der ganze Zuwachs von der Steuer frei. Man muß den Herren von der Rechten einmal das Mäntelchen herunterreißen, das sie sich umgehängt haben. Was Sie hier vorschlagen, ist keine Besitzsteuer, das ist eine Steuer, die beabsichtigt, die Erben zu schonen. Diese Steuer ist würdig der Leute, die die Erbanfallsteuer ablehnen. (Lebh. Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.):

Der Verwahrung gegen die hier vorliegende Gesetzesmacherei schließe ich mich vollkommen an. Von den Freunden des Grafen Westarp ist noch nicht ein Drittel über die Bestimmungen, die hier beraten werden, im Klaren. Dabei wird die erste Lesung unterschlagen, denn erst vor drei Minuten haben Sie Ihre Vorschläge wieder geändert. Das ist des Reichstages unwürdig. (Lebh. Beifall links, Lärm rechts un dim Zentrum.) § 2 wird mit den Abänderungsanträgen des Grafen Westarp angenommen. Bei einem folgenden Paragraphen wirft

Abg. **Graf Westarp** (kons.)

der Linken vor, daß sie die Mitarbeit auch hier verweigere, obgleich sie erklärt habe, im Prinzip einverstanden zu sein.

Abg. **Gothein** (frs. Vgg.):

Die positive Arbeit der Rechten bestand größtenteils im positiven Abschreiben. (Stürmische Zustimmung links, Lärm rechts.) Sie hätten nur etwas besser abschreiben sollen. Die große Mehrheit der Rechten weiß gar nicht, was sie eigentlich beschließt. (Großer Lärm, Entrüstungsrufe rechts, Lebhafte Zustimmung links.) Das ist der einzige Milderungsgrund. Herr, verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! (Große Unruhe rechts und im Zentrum. Beifall links.)

Vizepräsident **Dr. Paasche:**

Gegenüber der Mehrheit des Reichstages wäre eine andere Sprache angezeigt. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Cuno** (frs. Vp.)

weist auch bei einem anderen Paragraphen juristische Ungeheuerlichkeiten nach. Ich kann mir wohl vorstellen, daß ein Kaufvertrag Uebertragung von Eigentum zum Gegenstand hat, aber daß die Uebertragung von Eigentum einen Kaufvertrag zum Gegenstand hat, wie es in diesem Entwurf heißt, habe ich denn doch noch nicht gehört. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Dr. **Rösicke** (kons.):

Und die Herren von der Linken haben in sieben Monaten überhaupt nicht das geringste zustande gebracht. (Stürmisches Gelächter links.)

Abg. **Cuno** (frs. Vp.):

Ich beantrage Zurückverweisung des Paragraphen an die Kommission. (Gelächter rechts.)

Abg. Dr. **Rösicke** (kons.):

Das Resultat würde dasselbe sein wie jetzt. (Heiterkeit links.) Die Zurückverweisung wird abgelehnt.

Abg. **Cuno** (frs. Vp.)

übt eine ähnliche Kritik wie an dem vorhergehenden Paragraphen auch an späteren.

Abg. **Graf Westarp** (kons.):

Ich bitte Sie trotzdem, den Paragraphen anzunehmen.

Die Wertzuwachssteuer wird in der Fassung der Anträge des Grafen Westarp angenommen.

Donnerstag 2 Uhr: Erbschaftssteuer.

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom 23. Juni.

am Ministertische: Kommissare.

Präsident **v. Kroecher** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen **Abg. Schmidt (Halle)**, frs. Vp., durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des **Antrags Graf v. d. Recke-Volmarstein** betr. die **Heranziehung der Stadt- und Landgemeinden** mit ihrem Einkommen aus im eigenen Bezirke belegenen Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu den **Kreisabgaben.** Die verstärkte **Gemeindekommission** beantragt, die Regierung zu ersuchen, durch Gesetz die Benachteiligungen zu beseitigen, die sich aus dem Prinzip der Kontingentierung im Kreisabgabengesetz ergeben haben. **Ein Antrag verschiedener Parteien** wünscht Erwägungen darüber, ob nicht die Gemeinden mit ihren im Gemeindebezirk belegenen Grundbesitz und dem gewerbesteuerpflichtigen Gewerbebetrieb sowie mit dem Einkommen aus beiden zu den Kreisabgaben heranzuziehen sind.

Ferner soll geprüft werden, inwieweit die kreisfreien Städte entsprechend zu den Provinzialabgaben beizutragen haben.

Nach kurzer Debatte, in der Geheimrat **Freund** eine besondere gesetzliche Regelung der Frage in Aussicht stellt und sich gegen den Antrag verschiedener Parteien wendet, wird der Kommissionsantrag in Verbindung mit dem Antrag der verschiedenen Parteien angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. Erhebung von Beiträgen für die ge-

Die Parlaments-Ausgabe der „Saale-Zeitung" (Morgen-Ausgabe)

berichtet an bedeutungsvollen Tagen ausführlicher als jedes andere Hallesche Blatt über die Vorgänge im Reichstage und Landtage! Jeder, der über die Verhandlungen im Parlamente unterrichtet sein will, abonniere auf die „Saale-Zeitung!" Neubestellungen auf das am 1. Juli a. c. beginnende Quartal nehmen heute schon die Expedition und die Postanstalten entgegen! — Den hinzutretenden Stadt-Abonnenten wird die „Saale-Zeitung" bis 1. Juli gratis geliefert!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090624019/fragment/page=0002

werblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen wird in dritter Lesung genehmigt.

Ein Antrag **Engelbrecht** (frkl.), der zwecks Erleichterung der Neueinschätzung der ländlichen Bodenwerte zunächst für Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen die Verbreitung der Ackerbonitätsklassen in Meßtischblättern festlegen will, wird in der Kommissionsfassung angenommen, wonach dieses Verfahren zunächst in geeigneten Kreisen dieser Provinzen vorgenommen werden soll.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über das Ersuchen des Untersuchungskommissars bei der Breslauer Regierung, ihm eine an das Haus gerichtete Petition des Breslauer Polizeisekretärs Arndt im Original oder in Abschrift mitzuteilen, zwecks Verwertung derselben in einem gegen Arndt schwebenden Disziplinarverfahren. Die Kommission beantragt zu beschließen, daß gegen die Herausgabe der Petition keine Bedenken bestehen. (Ein Antrag Leinert-Dr. Liebknecht (Soz.) fordert Verweigerung der Herausgabe.

Nach Ablehnung eines Antrages **Roeren** (Ztr.), die ganze Angelegenheit nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, bemerkt

Abg. **Träger** (frs. Vp.):

Unsere Zustimmung zu dem Kommissionsantrage erfolgt unter dem Vorbehalt, daß aus der Herausgabe der Petition kein Präzedenzfall gemacht werden darf. Das Haus muß sich das Recht wahren, über solche Ersuchen von Fall zu Fall zu entscheiden.

Abg. **Viereck** (frkf.)

empfiehlt den Kommissionsantrag.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Da es sich hier um eine Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten handelt, lehnen wir die Herausgabe der Petition ab.

Abg. **v. Brandenstein** (kons.):

Das Haus ist zur Herausgabe der Petition durch die Vorschrift der Strafprozeßordnung gesetzlich verpflichtet, wonach jeder, der einen für eine Untersuchung belangreichen Gegenstand im Gewahrsam hat, diesen herausgeben muß. Das Haus würde offen das Recht verletzen, wenn es die Herausgabe der Petition verweigerte.

Abg. Dr. **Wagner** (frfl.)

tritt diesen Ausführungen entgegen und bittet im Interesse des Ansehens des Parlaments um Ablehnung des Kommissionsantrages.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge **Borgmann** (Soz.) und **Träger** (frs. Vp.) auf Abänderung des Artikels 84 der Verfassung (Unterbrechung des Strafvollzugs bei der Wahl zum Abgeordneten).

Abg. **Roeren** (Ztr.)

spricht sich für den Antrag Träger aus.

Abg. **Boisly** (ntl.):

Wir werden gegen diese Anträge stimmen, da hier zwingende Gründe zu einer Verfassungsabänderung nicht vorliegen.

Abg. **Viereck** (frkf.)

schließt sich dem an.

Abg. **Träger** (frs. Vp.):

Hier steht keine Parteifrage zur Debatte. Jede Partei müßte für die Möglichkeit der Ausübung des Mandats eintreten.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.):

Unser Antrag bezweckt, daß die vom Volk gewählte Vertretung sich vollzählig versammeln kann. In allen Kulturländern besteht diese Bestimmung. Hoffentlich kommt bald ein Parlament in Preußen, das die Rechte des Volkes wahrnimmt. Das geschieht jetzt nur durch die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten. (Lachen rechts.)

Abg. **v. Brandenstein** (kons.)

lehnt beide Anträge ab.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag ebenso wie der Antrag Träger abgelehnt.

Es folgt die Beratung zweier Anträge **Hirsch**-Berlin (Soz.) und **Schmedding** (Ztr.), betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Die Gemeindekommission fordert einen Gesetzentwurf, nach der nicht jede auf Grund preußischer Gesetze gewährte Unterstützung eine Einwirkung auf öffentliche Rechte hat.

Nachdem die Abgg. Frhr. **v. Eynatten** (Ztr.) und **Eckert** (frk.) den Kommissionsantrag befürwortet, wird dieser angenommen.

Bei Beratung der Denkschrift über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter bemängelt

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.),

daß aus diesem Fonds häufig bestimmungswidrig luxuriöse große Wohnungen mit 6 bis 7 Zimmern gebaut werden.

Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.

Eine Petition um Gestattung des Gebrauchs der nichtdeutschen Sprache bei Versammlungen im Kreise Ratibor wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 10 Uhr: Stempelsteuer-, Berggesetznovelle, Anträge, Petitionen.

Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Die Kaiserjacht „Hohenzollern" mit dem Kaiser an Bord lief gestern um 2½ Uhr aus der Holtenauer Schleuse in den Kieler Hafen ein. Als die Kaiserstandarte sichtbar wurde, feuerten die anwesenden Kriegsschiffe, darunter auch der englische Kreuzer „Cornwall", den Kaisersalut. Gleichzeitig wurden auf allen Schiffen die Toppflaggen gehißt.

* Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Admiral von Tirpitz, stattete gestern dem englischen Kadettenschulschiff „Cornwall" einen Besuch ab. Beim Vorbordgehen feuerte das Schiff einen Salut von 17 Schüssen, den der Panzerkreuzer „Prinz Adalbert" erwiderte.

Der Kaiser auf der Elbe.

Wie alljährlich, hat auch diesmal Kaiser Wilhelm II. wieder an der Segelregatta auf der Unterelbe teilgenommen, und auch diesmal hat er im Kreise der ihm besonders sympathischen Hanseaten nicht bloß vom Sport, sondern auch von Politik gesprochen. (Wir hatten gestern bereits die Rede im telegraphischen Auszug wiedergegeben.) Die Kommentation der Kaiserrede in den größeren und einflußreicheren liberalen Zeitungen ist meist beifällig. So schreibt beispielsweise die „Vossische Ztg.":

„Seit den Vorgängen des November hat der Kaiser sich fast vollständig politischer Kundgebungen, insoweit sie einen persönlichen Charakter tragen konnten, enthalten. Auch jetzt wird die innere Politik von ihm nur flüchtig gestreift, die äußere Politik aber in einer Weise berührt, die zu der Vermutung berechtigt, daß der ganze politische Teil der Ansprache einer Abrede mit dem leitenden Staatsmann seinen Ursprung verdankt.

Wilhelm II. geht auf die durch den schwarzen Block geschaffene Lage nicht näher ein. Aber daß er von ihr nichts weniger als erfreut ist, zeigt seine Bemerkung, er hoffe „immer noch", daß der Gemeinsinn über den Parteisinn Herr werde. Daß heißt, bis jetzt ist er es nicht geworden; bis jetzt triumphiert das engherzige Interesse der konservativ-klerikal-polnischen Mehrheit; bis jetzt ist die Gefahr nicht beseitigt, daß die Reform an der Herrschsucht, der Selbstsucht dieser Mehrheit scheitert. „Immer noch" hofft der Herrscher. Ob sich diese Hoffnung als begründet erweist, wird die nächste Zukunft lehren. Einstweilen scheint es, als solle sich mächtiger als der gekrönte Kaiser und König Seine Majestät der ungekrönte König von Preußen, Herr v. Heydebrand, der Selbstherrscher der Konservativen, erweisen, der nun einmal der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow und der „ganzen Richtung" satt ist."

Der Umsatzstempel angenommen.

(Aus der Finanzkommission des Reichstages.)

Die Finanzkommission des Reichstages verhandelte gestern die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Reichsstempelgesetz, und zwar zunächst den Abschnitt über die Grundstücksübertragungen. Ein Beschluß über die Einführung eines Umsatzstempels liegt dem Plenum in den Besitzsteuerbeschlüssen der Kommissionsmehrheit zusammen mit der Wertzuwachssteuer bekanntlich schon vor. Daher hat Graf Westarp für die zweite Beratung dieser Kommissionsbeschlüsse im Plenum einen Antrag gestellt, der den vor Pfingsten gefaßten Kommissionsbeschluß über die Umsatzsteuer beseitigt, und, mit einer Reihe von Abänderungen, in der betreffenden Drucksache nur die Wertzuwachssteuer aufrecht erhält.

Für die jetzige Kommissionsberatung des Umsatzstempels im Regierungsentwurf beantragen die Abgg. Dr. Rösicke und Graf Westarp entsprechend dem früheren Beschluß der Kommissionsmehrheit eine Erhöhung des Stempelsatzes von dem vorgeschlagenen ein Drittel Prozent auf einhalb Prozent. Nach dem früheren Beschluß sollten bebaute Grundstücke im Werte bis zu 20 000 Mark und unbebaute bis zu 5000 Mark stempelfrei bleiben, wenn schon im Laufe der letzten fünf Jahre ein Umsatz stattgefunden hatte. Darüber hinausgehend beantragt Graf Westarp jetzt die Befreiung bei den genannten Grundstücken überhaupt für den Fall, daß das Grundstück von dem Erwerber selbst landwirtschaftlich oder gewerblich genutzt werden oder für ihn selbst als Wohnstätte dienen soll. Die Befreiung soll nicht stattfinden, wenn bei landwirtschaftlich oder gewerblich zu benutzenden Grundstücken der Erwerber bereits im Inlande oder Auslande Grundstücke im Werte von über 100 000 Mark besitzt, weiter bei Grundstücken, die dem Erwerber als Wohnstätte dienen sollen, vorausgesetzt, daß der Erwerber ein Jahreseinkommen von mehr als 1500 Mark bezieht. Im Falle einer innerhalb dreier Jahre hernach eintretenden neuen Uebertragung des Grundstücks (außer an Deszendenten und Ehegatten) ist der Stempel nachträglich zu entrichten.

Schatzsekretär Sydow führt bei der Begründung der Regierungsvorlage (eindrittel Prozent) aus, daß vier Fünftel auf den ländlichen Besitz entfallen würden.

Abg. Dr. Wiemer (frs. Vpt.):

Was wir seinerzeit geltend gemacht haben, ist eingetreten. Die Verhandlungen sind erschwert worden durch die Kommissionsvorschläge; jetzt muß die schon beschlossene Umsatzsteuer wieder herausgenommen werden, weil eine Regierungsvorlage gekommen ist. Die vorgeschlagene Steuer ist keine Besitz-, sondern eine Verkehrssteuer. Auf alle Fälle ist sie eine rohe Steuer. Eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien würde zweckmäßiger sein; sie ist aber für den Augenblick nicht durchführbar. Die Darlegung des Staatssekretärs über die ungleiche Belastung des städtischen und ländlichen Grundbesitzes ist ein Grund mehr gegen die Steuer. Für die städtischen Finanzen ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten, weil zahlreiche Gemeinden bereits eine Umsatzsteuer erheben. Wir haben auf die Verhältnisse der Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Wir werden jetzt für die Regierungsvorlage eintreten gegen die Anträge auf Erhöhung des Stempels, behalten uns aber vor, die Vorlage im ganzen abzulehnen.

Abg. Singer (Sozd.): Die Möglichkeit, daß die Gemeinden in ihrer Bewegungsfreiheit getroffen werden, würde mich grundsätzlich nicht abhalten, für die Vorlage zu stimmen. Wir werden der Vorlage unsere Zustimmung nicht geben. Abg. Sieg (natl.) hat gegen die Vorlage die allerschwersten Bedenken, da die Umsatzsteuer auf Immobilien schon vom Staat, vom Kreise und in der Gemeinde erhoben werde, und nun will das Reich auch noch eingreifen! Der Antrag über die Befreiung muß unter allen Umständen abgelehnt werden, da sonst die Steuerordnungen der Kommunen sämtlich abgeändert werden müßten.

Die Abstimmung ergab mit einer Mehrheit von 16 zu 12 Stimmen die Annahme der beiden konservativen Anträge, also des halbprozentigen Stempels und der Befreiung der kleinen Umsätze und mit diesen Abänderungen die Annahme der Regierungsvorlage.

Bei der sodann stattfindenden Beratung des Fideikommißstempels wünscht Abgeordneter v. Gamp, dem fideikommissarisch gebundenen auch den Besitz der öffentlichen Körperschaften und anderen tatsächlich gebundenen Besitz gleichzustellen. Der preußische Finanzminister Frhr. von Rheinbaben widerspricht diesen Vorschlägen; es würden Anträge von größter Tragweite gebracht, die man gar nicht übersehen könne. Dies führe zu einer Gesetzesmacherei, für die weder Reichstag noch Bundesrat die Verantwortung übernehmen könnten. Es habe doch gar keinen Sinn, auch den festen stabilen Besitz zu einer Besitzwechselabgabe heranzuziehen. — Frhr. v. Gamp zieht schließlich seinen Antrag zurück. Angenommen wird ein Antrag Graf Westarp auf Erhebung eines periodischen Stempels von den Fideikommissen.

Endlich wird noch die Erhöhung des Wechselstempels angenommen, jedoch unter Beschränkung auf Wechsel von mehr als sechs Monaten (gegen mehr als drei Monate nach der Vorlage).

Zur Aerztefrage.

Der Staatssekretär des Innern hat an den Vorsitzenden des 37. deutschen Aerztetages zur Frage der Reichsversicherungsordnung ein sehr langes Schreiben gerichtet, dessen Schlußpassus nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" lautet:

„Schließlich will ich noch hervorheben, daß die alte Forderung der Aerzte auf Schutz gegen willkürliche Entlassung durch den Kassenvorstand erfüllt ist. Der einmal bei einer Krankenkasse, sei es auf Grund der freien Arztwahl, sei es auf Grund des Kassenarztsystems, tätig gewordene Arzt kann wider seinen Willen überhaupt nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs von der Kassenpraxis ausgeschlossen werden. Ob aber ein wichtiger Grund in jenem Sinne vorliegt, entscheiden nicht etwa einseitig der Kassenvorstand, sondern im Streitfall die im Entwurf vorgesehenen Schiedsinstanzen und ordentlichen Gerichte. Das bisher Gesagte ergibt, daß die Stellung der Aerzte gegenüber dem jetzigen Rechte in keiner Beziehung verschlechtert, in vieler Hinsicht dagegen wesentlich verbessert wird. Mit dem Nichtzustandekommen der Reichsversicherungsordnung würden auch diese Verbesserungen auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.

Die Forderung, für Arbeiter und ähnliche Personen, die nach § 197 des Entwurfs auch bei höherem Lohneinkommen als 2000 Mark jährlich bisher versicherungspflichtig sind, künftig die Versicherungspflicht auszuschließen, bedeutet für diese Schichten einen sozialen Rückschritt noch hinter das erste Krankenversicherungsgesetz von 1883. Der Aerztetag wird anerkennen müssen, daß die Erfüllung dieser Forderung, von anderen Gründen abgesehen, im Reichstag keinesfalls auf Annahme würde rechnen können."

Parlamentarisches.

× **Aus dem Reichstag.** Bei der voraussichtlich heute beginnenden zweiten Beratung der Erbanfallsteuer im Plenum hängt bekanntlich so gut wie alles von der Haltung der Sozialdemokratie ab. Wie gestern in den Couloirs des Reichstages erzählt wurde, scheint es festzustehen, daß die Sozialdemokraten im Plenum ebenso für die Erbanfallsteuer stimmen werden, wie es ihre Vertreter (die Abgeordneten Singer und Südekum) in der Kommission getan haben.

Allgemeine Mitteilungen.

— Aus Königsberg wird uns geschrieben: Die Stadtverordneten haben die Aufnahme einer Anleihe von 43 Mill. Mark beschlossen, zwei Millionen mehr als der Magistrat verlangt hat.

Heer und Flotte.

Der deutsche und der französische Soldat.

Aus Paris wird dem „Berliner Tgbl." geschrieben: In der Académie de Médecine machte gestern Dr. Löwenthal Mitteilung von seinen vergleichenden Untersuchungen über den Gesundheitszustand in der deutschen und französischen Armee. Zugrunde gelegt war die Periode von 1902 bis 1906. Die interessanteste der Folgerungen, zu denen der Vortragende gelangte, wendet sich gegen die zweijährige Dienstzeit in Frankreich. Diese führe in Frankreich dazu, nicht vollständig brauchbare Leute in den Dienst zu stellen. Nach Löwenthal ist es falsch, daß Frankreich denselben Mannschaftsbestand wie Deutschland aufrecht erhalten will, obwohl die Einwohnerzahl in Deutschland größer ist und obwohl die Geburtenziffer wächst, statt wie in Frankreich zu sinken. Im Jahre 1908 zählte die französische Armee 582 000 Mann gegen 572 000 der deutschen Armee; im gleichen Jahre blieb aber die Zahl der geborenen Knaben in Frankreich um hundert Prozent gegen Deutschland zurück. Die Sterblichkeitsziffer der deutschen Armee betrug jährlich etwas über sechs auf Tausend, während sie in der französischen Armee dreimal so groß war. Dagegen ist der Prozentsatz der Soldatenselbstmorde in Deutschland größer.

Generalarzt Dr. Theodor Cammann ist am 19. d. M. im hohen Alter von 88 Jahren in Celle gestorben. Im Kriege 1870/71, aus dem er mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse heimkehrte, leitete er u. a. ein großes Lazarett bei Orleans.

Ausland.

Keine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Franz Joseph?

Das Zustandekommen einer Begegnung zwischen dem Herrscher von Rußland und Oesterreich-Ungarn, die als Ergänzung der bisherigen Monarchen-Zusammenkünfte fast notwendig erscheint, soll — wenn man einer Petersburger Meldung glauben darf — noch recht fraglich sein:

Petersburg, 23. Juni. Zu der angeblich geplanten Zusammenkunft zwischen dem Zaren und Kaiser Franz Josef erklären „Nowoje Wremja" und „Slowo" auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle, es liege kein Grund vor, anzunehmen, daß der Zar Kaiser Franz Josef besuchen werde. „Nowoje Wremja" fügt hinzu, die Politik Aehrenthals habe eine solche Stimmung erzeugt, daß Schritte, die als Annäherung Rußlands an Oesterreich gedeutet werden könnten, unmöglich geworden sind.

Im Interesse des europäischen Friedens wäre die Zusammenkunft dringend erwünscht. Zwar wird man praktische Ergebnisse kaum von ihr erwarten dürfen, doch würde sie immerhin eine starke demonstrative Wirkung besitzen und den Einfluß der Elemente, die ständig zwischen Rußland und Oesterreich-Deutschland zu hetzen bestrebt sind, erheblich abschwächen.

Uebrigens scheint es, daß der oben mitgeteilten Meldung der russischen chauvinistischen Presse kaum authentisches Material zugrunde liegt, sondern daß hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090624019/fragment/page=0003

Die Luftschiffverteidigung in England.

Wie die „Daily Mail" meldet, hat der parlamentarische Luftverteidigungsausschuß eine Spende des Blattes im Betrage von 5000 £Str. zum Bau einer Luftschiffhalle angenommen und will mit dem Bau sofort beginnen. Das Blatt bringt außerdem einen längeren Artikel über das geplante neue Luftschiff, das nach dem System Clément-Bayard gebaut werden und fünf Personen tragen soll und bereits Ende August d. J. aufsteigen dürfte. Auch andere Blätter sprechen von dem Bau neuer Luftschiffe, so der „Daily Graphic", der wissen will, daß die Regierung ein großes Luftschiff nach dem Zeppelintyp geheim in Auftrag gegeben habe, und der „Standard", der von dem geheimen Bau eines großen Luftschiffes durch die Firma Vickers, Maxim u. Sons in Barrow in Furneß in der Grafschaft Lancaster berichtet.

Die Militär-Diktatur in Konstantinopel.

Der Korrespondent des „Newyork Herald" in Athen hatte eine Unterredung mit einer hochgestellten türkischen Persönlichkeit, die vor kurzem Stambul verlassen hat.

Diese Person sagte, der wahre Herrder Situation in Stambul ist der Generalstabschef Hassan Riza Pascha, der mit einer Gruppe von 40 Generalstabsoffizieren eine wahre Diktatur ausübt. Diese Offiziere ständen dem jungtürkischen Komitee sowie dem Parlament feindlich gegenüber. Sie haben eine Proskriptionsliste von 250 Personen aufgestellt, deren Bestrafung vielleicht sogar Hinrichtung bevorsteht. Hilmi Pascha, der Großwesir, und der Oberstkommandierende Schewket Pascha haben versucht, dieser Offiziersgruppe Widerstand zu leisten. Sie sind jedoch mit ihren Bemühungen unterlegen.

Die Anhänger des Generalstabschefs mehren sich mit jedem Tage, und diese Partei zielt auf nichts anderes ab, als auf die Beseitigung des Parlaments und Einführung einer Militärdiktatur.

Kleine Tagesnachrichten.

— 63 zur Teilnahme an den englischen Flottenmanövern bestimmte Schiffe der Heimatsflotte sind aus den Häfen von Sheerneß und Chatham ohne den geringsten Maschinendefekt in See gegangen. Ebenso wird von anderen Schiffen des Geschwaders gemeldet, daß sie keine Mängel aufweisen. Dies zeigt den Erfolg des Systems, einen Stamm von ausgebildeten Mannschaften auf den Kriegsschiffen zu belassen und sie auf dem Friedensfuße in kriegstüchtigem Zustande zu erhalten.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 24. Juni.

Nochmals: Das Kinderprivileg.

Heute ist der letzte Tag, um seine Ansprüche auf Steuerermäßigung auf Grund des Kinderprivilegs geltend zu machen. Wessen Gesuch morgen nicht in den Händen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission ist, geht seines Rechts verlustig.

Für diese Steuerermäßigung gelten folgende Vorschriften:

Uebersteigt das Einkommen nicht den Betrag von 6500 Mark, so werden die regelmäßigen Steuersätze ermäßigt um eine Stufe beim Vorhandensein von 2, um zwei Stufen beim Vorhandensein von 3 oder 4, um drei Stufen beim Vorhandensein von 5 oder 6 unterhaltungsberechtigten Familienmitgliedern. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Bei Einkommen von 6500—9500 Mark wird der regelmäßige Steuerbetrag ermäßigt um eine Stufe, wenn der Steuerpflichtige 4 oder 5 Kinder oder andere unterstützungspflichtige Familienangehörige unterhält. Für je zwei weitere solcher Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein.

Besuch der Ausstellung kunstgewerblicher Gegenstände durch Schüler.

Der Vorstand des Kunstgewerbe-Vereins, der augenblicklich bekanntlich in den oberen Räumen der Volkslesehalle eine Ausstellung kunstgewerblicher Gegenstände (Porzellan, Stickereien, Holzarbeiten usw.) aus der Schweiz veranstaltet, hat sich in entgegenkommender Weise erboten, den Besuch dieser Ausstelung auch den Schülern und Schülerinnen der oberen Klassen hiesiger Schulen zu gestatten. Der ermäßigte Eintrittspreis beträgt bei klassenweisem Besuch unter Führung des Lehrers oder der Lehrerin 10 Pfg. für das Kind.

Da die ausgestellten Gegenstände teilweise auf der großen Volkskunstausstellung in Berlin gezeigt wurden und durchweg als künstlerisch sehr gut und dabei doch einfach zu bezeichnen sind, so kann der Besuch der Ausstellung auch für unsere älteren Schulkinder, besonders für die Mädchen, sehr wohl empfohlen werden.

Das ländliche Missionsfest

soll Mittwoch, den 30. Juni, um 4 Uhr auf dem Weinberg abgehalten werden. Anfangs- und Schlußwort halten Herr Konsistorialrat Josephson und Herr Pastor Wagner, den Hauptvortrag Herr Missionssuperintendent Klammroth aus Dar-es-Salaam.

Als junger Missionar hat er im Binnenlande am Nordende des Nyassa begonnen, seine beiden Gefährten, mit denen er zuerst ausgesandt wurde, ruhen dort in afrikanischer Erde. Bei seiner zweiten Aussendung wurde ihm die Leitung der besonders schwierigen Missionsunternehmung in der Küstenlandschaft Usaramo übertragen. Seine dortige Stellung am Sitz der deutschen Behörde gibt ihm in höherem Maße als einem abgeschlossenen Missionar im entlegenen Binnenlande die Möglichkeit, die großen Gesamtaufgaben kennen zu lernen und zu überschauen, um die es sich zurzeit in unserer deutsch-ostafrikanischen Kolonie handelt.

Kaufmännischer Arbeitsmarkt.

Während andere kaufmännische Gehilfenvereine zum Teil im ersten Viertel dieses Jahres gegen die gleiche Zeit im Vorjahre mit den erzielten Stellenbesetzungen zurückgeblieben sind, gelang es dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, der jetzt über 86 000 Mitglieder zählt, in den ersten drei Monaten die Besetzungsziffer der vorjährigen Paralleltzeit zu erreichen bezw. zu überschreiten. Insgesamt kamen überhaupt durch den Verband nahezu an 70 000 Vermittlungen zustande.

Die hiesige Geschäftsstelle des V. D. H. befindet sich Leipzigerstr. 84, dort werden jederzeit gern Besetzungsaufträge entgegengenommen und Auskünfte erteilt.

Verband Halle-Thüringen der Deutschen Reichsfechtschule.

In der letzten Generalversammlung verpflichteten sich zur Teilnahme am diesjährigen großen Kongreß der Deutschen Reichsfechtschule am 10. und 11. Juli cr. in Erfurt, 19 Vorstandsmitglieder. — Abgeliefert wurden 167,16 Mark, dazu der Kassenbestand von 50,57 Mark, gibt 217,76 Mark. Materialien kamen in großer Quantität zur Ablieferung.

Die Bibliothek wurde durch 5 Bände aus der Buchdruckerei Gebauer-Schwetschke, und durch eine große Anzahl von Herrn Zeinert gestifteter Bücher, verstärkt.

Neu in den Vorstand aufgenommen wurde Herr Ober-Bahnassistent Paul Schaumburg, Harbenbergstr. 11 I, hierselbst.

Johannistag. An der Grenze von Auf- und Niedergang der Sonne feiert Welt und Kirche den Johannistag, auch Sonnwendfest genannt.

Viele Gebräuche, die sich mit diesem Tage verknüpfen, rühren aus uralter Zeit, von den heidnischen Festen her, an denen die alten Germanen an hellauflodernden Holzstößen dem Gotte des Lichtes opferten. Auch heute noch glühen in der Johannisnacht zumal in Thüringen und Harz, auf den Bergen die Feuer auf, und die Burschen und Mädchen springen über die prasselnden Flammen. Den Sonntagskindern ist die Johannisnacht hold: wer von ihnen um Mitternacht an einem Kreuzweg im Walde eine blaue Blume blühen sieht, findet darunter einen großen Schatz vergraben.

Der Zauber der Johannisnacht ist von den Dichtern viel gefeiert worden, so von Shakespeare in seinem lustigen, köstlichen „Sommernachtstraum", und in letzter Zeit von Hermann Sudermann in „Johannisfeuer".

Das Abschneiden der Rosen soll während des schönsten Blühens geschehen. Dadurch wird der Rosenstock gekräftigt und wieder zur Bildung neuer Knospen angeregt. In der Zeit des Abblühens aber entzieht die Rose dem Stocke die meiste Nahrung und schwächt ihn.

*

Apollotheater. Vor einem beifallsfreudigen und — zumal auf den besseren Plätzen — gut besetzten Hause ging gestern abend in neuer Einstudierung Millöckers melodiöses Werk „Gasparone" in Szene, das die liebenswürdigen Züge der Wiener Operettenschule trägt. Es zeigte sich auch bei der gestrigen Aufführung, daß sich das Ensemble mehr und mehr jenen feinen Pli aneignet, der zur Kreierung einer prickelnden Operette unbedingt nonnöten ist. Ebenso sah man auch an dem dekorativen Aufbau des Stückes, das alles mögliche geschieht, um ein harmonisches Bühnenbild zu erzeugen. Von den Darstellern gefielen insbesondere Herr Stellen als Erminio, Frl. Zimmer als Charlotte, Frl. Selhofer als Zenobia und Herr Theumann als Benozzo. — Hervorzuheben ist weiter die ruhige und umsichtige musikalische Leitung des Herrn Kapellmeisters Kippke, der gestern abend zum erstenmal in dieser Saison am Dirigentenpult saß. V. A-K.

Der Thüringisch-Sächsische Geschichts- und Altertums-Verein hält seine Generalversammlung am 7. Juli nachmittags 5 Uhr im Hotel „Kronprinz" ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Herrn Professors Könnecke über „Die Beteiligung der heutigen Provinz Sachsen an der Literatur des Mittelalters."

Handwerker-Meister-Verein. Am Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Saalschloßbrauerei das zweite große Sommerkonzert statt. Es sei ganz besonders darauf hingewiesen, daß der Eintritt ohne Karte nicht gestattet ist. Der Eingang ist nur von der Seebenerstraße.

Gerichtsverhandlungen.

Sittlichkeitsverbrechen im Beichtstuhl.

München, 23. Juni. Das Landgericht Memmingen hat den 53jährigen Benefiziaten Eyenbach von Ichenhausen wegen fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen, begangen an 40 Knaben im Beichtstuhl und in der Sakristei, zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Provinzial-Nachrichten.

Beitritt zum Hansebunde.

Erfurt, 23. Juni. Die Handelskammer für die Kreise Erfurt, Langensalza, Weißensee, Schleusingen und Ziegenrück ist dem Hansebund als korporatives Mitglied beigetreten.

Sturz vom Turmseil.

□ **Chemnitz**, 21. Juni. Das Sportfest am letzten Sonntag nachmittag auf dem neuen Sportplatz in Altendorf erlitt eine jähe Unterbrechung durch einen Unfall, der den beiden Turmseilkünstlern Brothers Niagara zustieß. Nachdem die beiden Artisten bereits mehrere Seilkunststücke ausgeführt hatten, setzten sie sich schließlich auf das Seil. In diesem Augenblick zerriß plötzlich das Drahtseil und die beiden Künstler stürzten aus der Höhe in das darunter gespannte Schutznetz, es durchschlagend und hart auf die Erde auftreffend. Während der eine Künstler sich sofort wieder erheben konnte, blieb der andere liegen und mußte in eine nahe Wohnung getragen werden. Bei dem Sturze hatte ihn die Balanzierstange, die in mehrere Stücke gesprungen war, gegen den Unterleib geschlagen. Der aus Schmiedeeisen hergestellte Anker, an dem das Drahtseil befestigt war, hatte eine nicht sichtbare Bruchstelle gehabt, die das Unglück herbeiführte.

? **Weißenfels**, 23. Juni. (Ertrunken.) Trotz aller Warnungen badeten gestern mittag vier Konfirmanden in der offenen Saale bei Uichteritz. Dabei ist der Sohn des Nachtwächters Müller aus Lobitzsch ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

)(**Meuselwitz**, 21. Juni. (Eine merkwürdige Wanderung) machte eine abgebrochene Nadel in dem Körper der Gattin eines hiesigen Einwohners. Vor fünf Jahren stach sich die Frau eine Nadel in den Daumen. Ein Stück wurde auf operativem Wege entfernt, das andere Stück begann aber nun eine Wanderung durch den ganzen Körper. Es ging den Arm hinauf, durch Hals, Nacken und Rücken wieder herab, was der Frau im Laufe der Jahre heftige Schmerzen verursachte. Vor einiger Zeit fühlte sie arge Schmerzen im linken Fuße, so daß sie nicht mehr auftreten konnte. Auf Anraten nahm sie Fußbäder und bei einem solchen sprang jetzt die Fußsohle auf und sie fühlte zu ihrer Ueberraschung und Freude an der betreffenden Stelle die abgebrochene Nadel. Mit Zuhilfenahme einer Schere gelang es, die Nadel aus dem Fuße zu ziehen. Die jetzt von ihrem Quälgeist befreite Frau hofft nun auf baldige Heilung der Wunde.

)(**Großneuhausen**, 22. Juni. (Die vielumstrittene Wünschelrute) ist wiederholt vom Wasserbautechniker Rödiger aus Jena zur Quellen-Feststellung in hiesiger Flur zur Verwendung gelangt. Einige Mitglieder des hiesigen Gemeinderats konnten sich überzeugen, daß auch bei ihnen die Wünschelrute energisch in den Händen umschlug, als sie sich verborgenen Quellen näherten. Bei einigen Herren rührte sich die Rute an derselben Stelle nicht. Dieselben Quellen, die Rödiger schon früher durch die Rute feststellte, wurden auch jetzt wieder festgestellt. Dieselben sollen bei der Wasserleitung mit zur Verwendung gelangen, die im Herbst dieses Jahres zur Ausführung kommen wird.

(!) **Jena**, 22. Juni. (Dr. Kuhlenbeck, der bekannte Jurist,) soll die Absicht haben, sich in Jena als Rechtsanwalt niederzulassen.

√ **Straßberg** (Harz), 22. Juni. (Schützenfest. — Gewitter.) Das diesjährige Schützenfest am vorigen Sonntag und Montag auf dem „Kochsberge" war vom schönsten Wetter begünstigt. Etwa zehn Setzbuden und Zuckerwarenzelte und ein Karussel hatten auf dem Festplatz aufgebaut. Wenngleich sich auch am 1. Tage eine größere Zahl fremder Gäste eingestellt hatte, so war doch der ganze Verkehr gegen frühere Jahre ein geringerer, was wohl mit an industriellen Niedergängen und besonders wenig günstigen Heuerntеaussichten liegt; zumal die Wiesenerträge für die hiesige Gegend eine ausschlaggebende Erwerbsquelle sind. — Starke Gewitter mit ergiebigen Regengüssen überzogen in den Abendstunden des Montags die hiesige Gegend und bringen nun hoffentlich den Fluren und besonders den fast toten Bergwiesen die langersehnte Auffrischung.

Letzte Nachrichten.

Schwere Wetterschäden in der Schweiz.

Goldau, 23. Juni. Sämtliche Züge vom Gotthardt treffen wegen Schneefalls verspätet ein. Bis nach Gurtnellen erstreckt sich das Schneegestöber. In Unter-Schaecken wurde ein Aelpler von einer Lawine getötet.

Ein Pogrom in Bessarabien?

Bukarest, 23. Juni. Wie der „Adverul" meldet, soll entgegen dem Petersburger Dementi bei den Behörden in Jassy die Meldung eingetroffen sein, daß in Beßarabien ein Bauernaufstand ausgebrochen sei. In einem Orte sollen sieben jüdische Familien ermordet worden sein. Die Zahl der getöteten Juden soll sich insgesamt auf über hundert belaufen. **Um die Einwanderung von Flüchtlingen nach Rumänien zu verhindern, sind zwei Kompagnien an die Grenze entsandt worden.**

Arbeitsnachweise der bayerischen Metall-Industrie.

H. **Nürnberg**, 23. Juni. Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" veröffentlicht einen Beschluß der Metall-Industriellen, worin der Verband für seine Betriebe die Errichtung besonderer Arbeits-Nachweise mitteilt und die Aufstellung von Listen sämtlicher in den Betrieben angestellter Arbeiter für notwendig erklärt.

Abgestürzt.

Reichenau, 23. Juni. Von der Epheuwand ist beim Alpenblumenpflücken der Tourist Kaufmann Franz Naumüller abgestürzt und schwer verletzt aufgefunden.

Die Demonstrationen in Agram.

H. **Budapest**, 23. Juni. Die Demonstrationen bei der Agramer Universität wegen des Hochverrats-Prozesses dauern noch fort; die Vorlesungen mußten bis auf weiteres suspendiert werden. In der Hauptsache richten sich die Demonstrationen gegen Professor Kossutics, der in dem Prozeß als Untersuchungsrichter fungiert hatte.

Der Antimilitarismus in Frankreich.

H. **Paris**, 23. Juni. Die Polizei entfernte heute früh eine schwarze Fahne, die von Antimilitaristen als Protest gegen die Beflaggung der Arbeiterbörse zur Feier der Schlacht von Solferino herausgesteckt war.

Türkische Kriegsmaßnahmen?

Konstantinopel, 23. Juni. Im Auftrage des Kriegsministeriums hat das Preßbureau den hiesigen Zeitungen die Veröffentlichung von Nachrichten über Truppen- und Kriegsschiffsbewegungen, Bestellungen für das Heer usw. untersagt.

Zur Kreta-Frage.

H. **Konstantinopel**, 23. Juni. Die Abreise des englischen Botschafters Lowther zu einem vierzehntägigen Urlaub in den Archipel wird in hiesigen diplomatischen Kreisen dahin gedeutet, daß eine Detente in der Kreta-Frage beabsichtigt sei.

Verurteilung serbischer Spione.

H. **Belgrad**, 23. Juni. Das Gericht verurteilte in dem Spionage-Prozeß den Handelsagenten Müller und den Major Jankovic zu 5 Jahren Gefängnis, und sprach den Hauptmann Music und den Postkontrolleur Schahin frei. Das Publikum nahm das Urteil beifällig auf.

Unterhaltungsblatt.

Das Glück von Monte Carlo. Roman von Heinrich Lee. (Forts.) — Gewonnen! Novelette von Thea von Harbou. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: i. V.: Hermann Melbaum; Druck und Verlag von Otto Hendel; sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090624019/fragment/page=0004

Luftschiffahrt.

Graf Zeppelin wird voraussichtlich nicht am 26., sondern erst am 28. August in Berlin eintreffen. Es heißt, der Kaiser habe dem Grafen den Wunsch ausgedrückt, möglichst den 28. August für seine Ankunft in Berlin und das Tempelhofer Feld als Landungsplatz zu wählen.

Mit der Füllung des Reichsluftschiffes ist gestern begonnen worden, nachdem die Einzelballonnetts in das Luftschiff eingesetzt worden waren. Zur Ueberführung des „3. L" nach Metz trafen Major Sperling und Hauptmann George in Friedrichshafen ein. Die Riesenluftschiffhalle auf dem etwa 7 Kilometer südwestlich von Metz gelegenen Frascati-Exerzierplatz ist vollständig fertiggestellt und zur Aufnahme des Reichsluftschiffes bereit.

Vermischtes.

Zur Ermordung der Elsie Sigel.

Dem Londoner Morning Leader wird aus Newyork gekabelt: „Von einem Ende Amerikas bis zum anderen werden die schärfsten Verwünschungen gegen die Chinesen laut. Die Presse des Landes gibt ein klares Bild von den Gefühlen des Hasses, die Elsie Sigels Ermordung durch den Chinesen Leon entfacht hat. Aber auch die weißen Missionärinnen werden aufs schärfste verurteilt. „Das Land sollte für Rassen erhalten bleiben," sagt das gelesenste Blatt Amerikas, „die anständig nebeneinander leben können, und das arme, unglückliche Mädchen darf nicht umsonst gestorben sein."

Die Blätter bringen ganze Seiten von Bildern und Text über die sogenannte „Tortour dritten Grades", der der Zimmergenosse des Mörders unterworfen wurde. Die „Tortur dritten Grades" ist weniger eine körperliche als eine seelische Tortur, die jedoch meist ebenso wirksam wie jene ist. Chong-Sing hielt den dritten Grad zwölf Stunden lang aus. Endlich bekannte er, daß er im Hause Leons war, als dieser Elsie Sigel mit einem Handtuch erdrosselte. Doch will er nicht in dem Mordzimmer selbst gewesen sein, sondern durch das Schlüsselloch den Vorgang verfolgt haben. Kurz vor der Tat hatten sich die beiden Chinesen des Mädchens wegen gegenseitig fast totgeprügelt. Aus verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten kommen Nachrichten von tätlichen Mutausbrüchen gegen die Chinesen. So wurden in Pittsburg die chinesischen Studenten des Carnegieinstituts mißhandelt. Die Newyorker Chinesen erlassen einen Appell an alle rechtlich denkenden Rassegenossen, alles zur Auffindung des Mörders aufzubieten, und setzen dafür einen Preis von tausend Dollars aus.

S. M. und M. S.

In seiner Rede an Bord der „Deutschland" hat der Kaiser seinen Hörern ein kleines Rätsel aufgegeben. Er sprach von der Freude, die es ihm bereitet habe, rechtzeitig zu den schönen Veranstaltungen des Hamburger Rennntages eintreffen und damit den Wünschen von M. S. entgegenkommen zu können. „Wer ist M. S.?" fragt man sich unwillkürlich. Liegt hier etwa eine Verwechslung mit S. M. vor, und meinte der Kaiser vielleicht den Zaren, auf dessen Wunsch er zu der zweitägigen Entrevue nach den finnischen Schären gefahren war?

Fehlgeraten!

Mit M. S. ist der Präsident der Hamburger Handelskammer und Vorstandsmitglied des Hamburger Rennklubs Herr Max Schinkel gemeint, der an dem Festmahl an Bord der „Deutschland" teilnahm und den die Berliner erst vor kurzem als eleganten Redner in der Riesenversammlung des Hansa-Bundes im Zirkus Schumann kennen gelernt haben. Vermutlich war es Herr Max Schinkel, der im Namen der Hamburger dem Kaiser das lebhafte Bedauern der Bürgerschaft darüber ausdrückte, daß die alte Hansastadt infolge der Entrevue in den finnischen Schären diesmal während der Renntage auf den Besuch des Kaisers verzichten müsse, eine Kundgebung, die den Kaiser bekanntlich veranlaßte, seine Reisedispositionen so zu ändern, daß es ihm schließlich doch noch möglich wurde, an der Hamburger Regatta teilzunehmen.

Sechs Millionen für städtische Bauten. Der Berliner Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung von umfangreichen Berliner Bauten verschiedener Art trat vorgestern zusammen und nahm die sämtlichen vorliegenden Entwürfe — Schulbauten und Wohlfahrtsanstalten — an. Der Ausschuß genehmigte die Baukosten in Höhe von insgesamt rund 6 Millionen Mark.

Der Blitz in der Schiffskajüte. Ein schweres Gewitter ging über Hamburg und Umgebung nieder. Dabei schlug ein Blitz in den Oberländer Kahn des Schiffers Miers ein, und tötete den am Steuer stehenden Schiffer. Das in der Kajüte schlafende Kind des Schiffers wurde ebenfalls getroffen und trug eine Lähmung davon. Die in derselben Kajüte sitzende Mutter trug das Kind auf ihrem Arm auf das Deck, wo sie ihren Mann am Steuer liegend tot vorfand.

Wettersturz im oberbayerischen Gebirge. Gestern haben in Oberbayern Abend- und Nachtgewitter einen solchen Temperatursturz verursacht, daß dort Schnee gefallen ist. Der Regent, der noch auf dem 1800 Meter hohen Schachen im Jagdhause war, hat sich nach eingetretenem Schneefall von dort nach Schloß Linderhof hinabbegeben.

Die Hitzwelle in Amerika hält an. Die offizielle Wetterbeobachtungsstelle in Newyork registrierte gestern 32,83 Grad Celsius im Schatten. Ueber zwanzig Hitzschläge wurden am Nachmittag in der Stadt gemeldet. Ein Mann wurde irrsinnig und schnitt sich die Kehle durch. Auch in Philadelphia herrscht furchtbare Hitze. Ein plötzlicher Todesfall, acht Hitzschläge, zwei Selbstmorde und ein Selbstmordversuch waren dort die Folge der ungewöhnlichen Witterung.

Bombenexplosion im Vatikanviertel. Vorgestern abend platzte in Rom vor dem Heiligen-Geist-Spital unweit der Peterskirche eine Petarde. Die Explosion rief in dem Vatikanischen Stadtviertel große Aufregung hervor. In mehreren Palästen waren alle Fenster gesprungen, doch war kein größerer Schaden angerichtet worden. Ueber die Personen der Täter ist noch nichts ermittelt, es heißt jedoch, es handle sich um unzufriedene Krankenwärter.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Min. Kredit 200,20, Diskonto 185,70, Deutsche Bank 241,37, Paketfahrt 117,25, Nordd. Lloyd 90, Russische Anleihe von 1902 86,70, Laurahütte 180,75, Bochumer Guss 226,37, Harpener 189,23, Gelsenkirchen 177,75, Berliner Handelsgesellschaft 171,50, Baltimore 115,12, Kanada 179,25, Phönix 171,87, Dresdner Bank 152,75, Schaaffhausen 132,75, Lombarden 21,50, A. E.-G. 231,25, Siemens & Halske 218,37, Deutsche Uebersee 164,10, Luxemburger 197,40, Grosse Berliner 183,40. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Akt.-Ges. f. Verkehrswesen 1,75, Scholten 2,50, Dürkopp 4, Hein, Lehmann & Co. 3,50, Schönbeck Metall 3,75, Stassfurt chem. Fabrik 4, Union chem. Fabrik 2, Gebhardt & König 4,25, Gelsenkirchener Gussstahl 1,90, Meggener Walzwerk 2, Rhein.-Nassau 2; niedriger: Kupferwerke Deutschland 4,50, Linke Waggon 2,50, Lübecker Masch. 3,50, Panzer 2, Peniger Masch. 2,50, Sächs. Webstuhl 3, Albert chem. Werke 2,75, Oranienburger chem. Fabrik 4,50, Deutsche Gasglühlicht 7,90, Deutsche Spiegleglas 3, Deutsche Tiefbohr-Ges. 5, Rosenthal Porz. 2, Elberfelder Papier 2,50, Plauener Spitzen 2, Tüllfabr. Flöha 2,25, Ver. Glanzstoff 3, Nordd. Gummi 3.

Zur Krise im Kali-Syndikat.

Der Vorsitzende des Kalisyndikats hat nunmehr die bereits angekündigte Generalversammlung, die über die Auflösung des Kalisyndikats pro 1. Juli d. J. beschliessen soll, auf den 28. d. M. einberufen. Es wurde bereits mitgeteilt, dass unter der Hand die Verhandlungen, die auf eine allgemeine Verständigung abzielen, fortgesetzt werden, jedoch werden diese so diskret geführt, dass über ihren Erfolg bisher nichts verlautet. Gleichzeitig gewinnt es immer mehr den Anschein, dass seitens einzelner Werke eine Sondergruppierung angestrebt wird. Es fanden nämlich in Magdeburg Beratungen einer Anzahl von Gesellschaften statt, an denen unter anderen auch die Werke des Südharzkonzerns teilnahmen.

*

Eine lebhafte Bewegung macht sich aus den Kreisen des Publikums gegen diejenigen Gruppen geltend, welche der Erneuerung des Kalisyndikates durch ihre überspannten Forderungen Schwierigkeiten bereiten. Dies geht aus zahlreichen Zuschriften hervor, die die Blätter aus dem Leserkreise erhalten.

So wird dem „Berl. Börsen-Courier" aus Aktionärkreisen der Alkaliwerke Westeregeln geschrieben:

„Dem Aufsichtsrat der Alkaliwerke Westeregeln, dessen Forderungen hauptsächlich die Krisis im Kalisyndikat hervorgerufen haben, gehören u. a. an: die bekannten Parlamentarier Graf Douglas und Bassermann, sowie dessen naher Verwandter, Kommerzienrat Ladenburg-Mannheim, als Vorsitzender. Hoffentlich gelingt es dem Einfluss dieser Herren, eine Verständigung herbeizuführen. Es ist unzweifelhaft, dass die nächste Folge der Auflösung des Syndikats ein starker Ausfuhrzoll für Kali sein würde. Bisher ist es dem preussischen Fiskus als Hauptbeteiligten der Kaliindustrie stets gelungen, einen Ausfuhrzoll zu hintertreiben. Im Fall einer Auflösung des Syndikats wird aber der Gedanke, durch einen starken Ausfuhrzoll die Verschleuderung unsere wertvollen Kalischätze an das Ausland zu verhindern, so sehr in den Vordergrund treten, dass jeder Widerstand gegen einen Ausfuhrzoll vergeblich sein wird."

Deutscher Drahtstift-Verband. Zur Bildung eines deutschen Drahtstift-Verbandes findet nächsten Montag in Köln eine weitere Beratung des Ausschusses statt, in der die weiteren Schritte erörtert werden. Erst nachdem die Vorarbeiten erledigt sind, wird eine Vollversammlung der Drahtstiftfabrikanten abgehalten werden. Man hofft, dass die Gründung eines Verbandes keinen grösseren Schwierigkeiten begegnen werde.

Das Häutekartell, der Verband deutscher Häuteverwertungs-Vereinigungen, wird sich in seiner in Göttingen demnächst stattfindenden Hauptversammlung mit der Lage des Häutemarktes, Verhinderung des Klippemachens, dem Sektionswesen, der Zentralisierung des Auktionswesens, dem Dispositionsfonds, der weiteren Ausgestaltung des Verbandes, der Lieferung frei Fabrik sowie dem Abschluss von Vergünstigungsverträgen beschäftigen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 23. Juni. Am Frühmarkt notierten **Weizen** inländ. —.—. **Roggen** inländ. —.—. **Hafer,** märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 218—219, mittel 208—212, gering —.—, russischer mittel u. gering 192—199. **Mais,** runder 170—174. **Gerste,** inländ. Futtergerste mittel und gering 160—175, grobe 176—186, russische und Donau leichte 138 bis 144. **Erbsen** inländ. und ausländischer Futterware 196—200, kleine —.—. **Weizenmehl** 00 33,50—36,50. **Roggenmehl** 0 und 1 22,50—25,90. **Weizenkleie** 11,60—12,50. **Roggenkleie** 12,50—13,10. (Alles frei Bahn.)

Hamburg, 23. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, Ostholst Mecklbg., 268—270. Roggen still, Mecklburg und Pomm. 195—200. Gerste ruhig, stdruss. 118—126. Hafer fest, Holst. —.—. Mecklenburger 170—180. Mais ruhig, La Plata 123—125.

Pest, 23. Juni. Weizen fest, per Okt. 13,63 Gd., 13,64 Br., Roggen per Okt. 10,16 Gd., 10,77 Br. Hafer per Okt. 8,06 Gd., 8,02 Br. Mais per Juli 7,82 Gd., 7,88 Br.

Liverpool, 23. Juni. Roter Winterweizen per Juli 9,0¼, per Sept. 8,6½. Fest. Mais, bunter, amerikanischer per Juli —,—, per Sept. —,—.

Antwerpen, 23. Juni. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Juni 5,75, Aug. 5,70, Okt. 5,62½, Dez. 5,55, Febr. 5,47½. Fr. Ruhig. Umsatz 50,000 kg.

Zucker.

Hamburg, 23. Juni. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Juni	10,47½	10,50	10,42 Mk.
„ Juli	10,50	10,52	10,50 „
„ August	10,62½	10,60	10,57 „
„ Oktober	10,10	10,07	10,07 „
„ Dezember	10,05	10,02	10,00 „
„ März	11,22½	10,20	10,20 „
	matt	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 23. Juni. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per September	32½ Gd.	33½ Gd.	35½ Gd.
„ Dezember	32½ Gd.	31½ Gd.	32½ Gd.
„ März	31½ Gd.	31½ Gd.	31½ Gd.
„ Mai	31½ Gd.	31½ Gd.	31½ Gd.
	still	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 23. Juni. Kaffee-Zufuhren 8,000 Sack in Rio 17,000 Sack in Santos.

Havre, 23. Juni. Kaffee good average Santos per Sept. 42, per Dez. 41, per März 40¾, per Mai 40¾. Behpt.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 23. Juni. Kartoffelmehl und -Stärke 25,00—25,50. Feuchte Stärke —.—.

Magdeburg, 23. Juni. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,25—25,75.

Eier.

Berlin, 23. Juni. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ. 3,80—3,90, südrussische erste Sorte 3,60—3,70, bess. poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 3,45—3,50, geringe inländ., poln. und galizische Sorten 3,35—3,40 M., Kühlhauseier (oder Kiste —.—). Kalkeier — zweite Sorten —, kleine Eier 3,10—3,15 M. Tendenz: lebhaft.

Spiritus.

Nordhausen, 23. Juni. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 62,75—63,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 71,25—71,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 23. Juni Stadtschmalz 67,25, amerik. Steam 57,75, Chamberlain —.—. Still.

Köln, 23. Juni. Rüböl loko 61,00, per Mai 59,00.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 23. Juni. (Städtischer Schlachtviehmarkt.) Amtlicher Bericht der Direktion.) Es standen zum Verkauf: 594 Rinder, 3339 Kälber, 1137 Schafe und 13,038 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): **Kälber:** a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 86—93 M.; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 75 bis 80 M.; c. geringe Saugkälber 52—56 M.; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) 42—50 M.; **Schafe:** a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 77—78 M.; b. ältere Masthammel 74—76 M.; c mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 64—67 Mark. **Schweine:** Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 63—64 Mark; b. fleischige (52—58 M.; c. gering gewickelte 60—61 M.; d. Sauen 58—59 Mark.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben etwa 300 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand der Bestand bis auf wenige Posten Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Chemische Produkte.

Hamburg, 23. Juni. Chilisalpeter per loco 9,10, Felz.-März 9,40 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 23. Juni. Baumwolle stetig. Upl loko middl. 57½ Pfg.

Liverpool, 23. Juni. Aegyptische Baumwolle per Juli 5,31.

Liverpool, 23. Juni. Baumwolle. Umsatz 6,000 Ballen., davon Import —.— Ballen, davon Amerikaner —.— Ballen. Behpt.

Alexandria, 23. Juni. Aegyptische Baumwolle per Juli 15,30, Nov. 15,31, Jan. 16,08.

Metalle.

London, 23. Juni. Chili-Kupfer ruhig 58⅝, 3 Mon. 59⅝. Zinn Straits ruhig 133, 3 Monat 134½. Blei span., ruhig 13½, englisch 13½. Zink, gewöhnliche Marke, flau 21½, spec. Marke 22½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	23.6	22.6	Chicago.	23.6.	22.6.
Weizen p. Juli	122¼	122¾	Weizen p. Juli	113¼	114
„ „ Sept.	114⅞	115⅜	„ „ Sept.	107⅛	108¼
Mais p. Juli	79½	80¼	Mais p. Juli	70½	71¾
„ „ Sept.	76½	77½	„ „ Sept	68	69
Mehl Spring clears	5,30	5,30	Hafer p. Juli	50¼	50½
Kaffee Fair Rio Nr. 7	7,14	7,14	„ „ Sept.	43	48½
„ p. Juni	6,10	6,30	Roggen p. Juli	82	83
„ „ Juli	6,15	6,30	Schmalz „ Juli	11,65	11,67
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Sept.	11,75	11,72
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig Mais fallend.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	22. Mai	+0,25	23. Juni	+0,25		—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,02	„	+2,02		—	—
„ Unterpegel	„	+1,38	„	+1,40		—	2
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,34	„	+2,34		—	—
„ Unterpegel	„	−0,22	„	−0,22		—	—
Trotha	22.	+1,36	23.	+1,40		—	4
Alsleben, Oberpegel	22.	+2,80	23.	+2,28		2	—
„ Unterpegel	„	+0,93	„	+0,93		1	—
Bernburg	„	+0,55	„	+0,50		5	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,56	„	+1,56		—	—
do. Unterpegel	„	+0,06	„	+0,02		4	—

Ilser. Eger. Elbe. Moldau.							
	Juni	Fall	Wuchs		Juni	Fall	Wuchs
Budweis	22. −0,15	7	—	Torgau	23. +0,54	13	—
Prag	„ −0,01	—	2	Wittenberg	„ +1,52	12	—
Jungbunzl	„ −0,38	—	1	Rosslau	„ +0,95	8	—
Laun	„ −0,44	—	8	Barby	„ +1,02	9	—
Pardubitz	„ −0,27	1	—	Magdeburg	„ +0,94	7	—
Brandeis	„ +0,14	6	—	Tangermde.	„ +1,54	—	—
Melnik	„ +0,26	6	—	Wittenbrge.	„ +1,28	2	—
Leitmeritz	23. −0,27	1	—	Dömitz, Peg.	22. +0,70	—	4
Aussig	„ −0,08	8	—	Hohnstorf	23. +0,82	—	4
Dresden	„ −1,48	8	—	Lauenburg	„ +0,80	—	4

Aussig, 23. Juni. Pegelstand minus 3 cm. Vom Oberlauf werden 1 cm Fall gemeldet.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin,

23. Juni 1909.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien.		Rückprämien.	
	Juli	August	Juli	August
Bombarden	2⅛/−⅞	22−1½	20−⅞	15¾−1½
Franzosen	156⅞−1	156⅞−1⅜	154¼−1	153¼−1⅜
Baltimore	116⅞−1½	117⅞−2½	115⅛−1⅞	112⅝−2½
Canad. Pacific	180⅞−2½	181⅞−3	176⅞−2½	175⅞−3
Türken-Lose	147¼−1½	143¼−2¼	—	—
Darmstädt. B.	132⅞−1½	133½−2	129⅞−1½	129½−2
Disc. Comm.	186⅞−1½	187½−2½	183⅞−1½	183¼−2½
Berl. Hdlsges.	172⅞−1½	173¼−2½	169⅞−1½	169−2½
Dtsch. Bank	242⅞−1⅞	243⅞−2½	238⅞−1⅞	238⅞−2½
Dresdner Bk.	154−1½	154⅞−2	—	—
Oesterr. Cred.	202−1½	202⅞−2	199−1½	198⅞−2
Russenbank	144½−1¾	144⅞−2¼	—	—
Dynam. Trust	162½−2	163⅞−2¼	—	—
Hamb. Packet	118⅞−1⅞	119¼−2½	114¼−1⅞	114¼−2½
Nordd. Lloyd	91⅞−1⅞	92½−2½	87⅞−1⅞	87½−2½
Prince Henry	130⅞−1⅞	131½−2½	—	—
Gr. Berl. Strb.	184¼−3⅛	185¼−2⅞	180−2¼	180⅞−2⅞
8% Reichsanl.	85¼−⅜	85⅞−½	—	—
Russen v. 1902	87⅛−⅜	87⅞−½	—	—
Bochumer	228−2½	229¼−3½	223½−2¾	221¾−3¾
Laura	182⅞−2¾	184−3¼	177¼−2¾	176½−3¾
Gelsenkirch.	180−2¾	181¼−3⅛	174¼−2¾	173⅞−3⅝
Harpener	192½−2¾	193¼−3⅛	186⅞−2¾	186−3⅝
Phönix	173½−2¾	174¼−3¼	168⅞−2¾	166⅞−3¾
D.-Luxemb.	199½−2¾	200⅞−4¼	192⅞−2¾	191¼−4½
Dortmunder	63−2	63½−2½	—	—
A. E. G.	238½−2½	234⅞−2⅞	228½−2¼	227⅞−2⅞

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,

von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 23. Juni.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	—	3300
Alexandershall	8050	8150	Immenrode	3275	3325
Beienrode	4875	4950	Johannashall	3500	3650
Busbach	12,000	12,250	Justus 1	—	72
Dalsfund	6300	6600	Kaiserode	—	6900
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	80	82
Desdemona	—	6800	Ludwigshall	69	70¼
Dtsch. Kali-Akt.	110	112	Neustassfurt	—	9800
Deutschland	3600	3700	Reichskrone	—	—
Friedrichshall	88	91	(Lossa)	1100	1200
Glückauf	—	—	Roland	—	—
Sondershausen	16,000	16,300	Ronneberg (Akt.)	—	127
Günthershall	3600	3650	Rothenberg	1800	1850
Hann. Kali-Akt	—	—	Sachsen-Weimar	—	4000
Hansa	—	3250	Schieferkante	—	—
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Siegfried 1	3950	4100
Heldburg	68	69	Sigmundshall	161	163
Heldrungen I	1375	1450	Teutonia-Akt.	—	140
Heldrungen II	1310	1360	Wilhelmshall	—	11,000
Hermann II	—	—	Wintershall	12,000	12,960
Hohenfels	—	6600			
Hohenzollern	3000	3200			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090624019/fragment/page=0005

Berliner Börse, 23. Juni 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lea, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — Tl. Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — [illegible] 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 3⅛%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Stadt-, Kreis- etc. Anleihen

Deutsche Pfandbriefe

Renten-Briefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandbr.

Obligat. Indust. Gesellsch.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechselkurse

Gold, Silber, Banknoten